



KW 15

Die Themen und Ereignisse der KW 15 sind so vielfältig, dass sie gleich für mehrere Wochenrückblicke ausreichen würden. Nun gibt es die **Bezahlkarte**, damit die Asylbewerber von dem Geld, das sie zum Leben erhalten, nicht auch noch ihre Schleuser bezahlen oder Geld nach Hause schicken können. Ob das die Zuwanderung stoppen wird?

Ein wirklicher Demokratiefortschritt ist, dass sich nun jeder nennen darf, wie er heißen möchte und das Geschlecht bevorzugen kann, dass zu ihm passt. Das **Selbstbestimmungsgesetz** gilt ab 1. November. Warum Union, AfD und das nicht in den Bundestag gewählte Bündnis Wagenknecht ihre Zustimmung verweigerten, ist mir unverständlich. Ist es wirklich „ideologischer Unfug“ wie die AfD behauptet und in der ihr eigenen Sprache von „Transextremiten“ spricht? **Sahra Wagenknecht** sagte, das Geschlecht werde „von einer biologischen Tatsache zu einer Frage der Gemütsverfassung.“ *Quelle: MDR*

Was für Menschenbilder spiegeln sich bei AfD und BSW wider? Problematisch finde ich allerdings, dass man bereits nach einem Jahr seine Entscheidung rückgängig machen und sich offenbar wieder einen neuen Vornamen geben kann. Was heißt das? Probezeit für das neue Geschlecht?

Über die **Kriminalstatistik** wurde ebenso heftig gestritten. Nach einem Höchststand von polizeilich erfassten Straftaten 2016, sank die Zahl und stieg ab 2021 wieder deutlich an. 5.940.667 Fälle im Jahr 2023, Aufklärungsquote 58,7 Prozent. Über 40 Prozent der Kriminellen kommen also davon, anders als in den Fernsehkrimis, wo man am Ende immer weiß, ob der Gärtner der Täter war. Durch die hohe Zahl der Zuwanderung, ob legal oder illegal, steigt, nicht überraschend, auch der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen, 2023 immerhin 41,1 Prozent. Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung ist das sehr viel. „Zum Stichtag 31.12.2023 waren 13.895.865 Personen im Ausländerzentralregister erfasst.“ *Quelle: Statistisches Bundesamt*

Interessant ist, welche Delikte in der Statistik nicht erfasst werden: *Staatschutzdelikte, bestimmte Verkehrsdelikte, Ordnungswidrigkeiten, Verstöße gegen strafrechtliche Landesgesetze, Delikte, die nicht in den Aufgabenbereich der Polizei gehören (z.B. Finanz- und Steuerdelikte) sowie Delikte, die unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und anschließend von ihr bearbeitet werden.* *Bundeskriminalamt*

Völlig überraschend ist auch die in der vergangenen Woche erneut zutage getretene Erkenntnis, dass es mit dem **Wohnungsbau** nicht voran geht. Besonders spektakulär ist der Rückzug beim Projekt am Güterbahnhof Greifswalder Straße. 400 Wohnungen sollten dort entstehen und ein dringend benötigtes Gymnasium mit 800 Plätzen. Über dieses Vorhaben hat sich die Bezirksverordnetenversammlung heillos zerstritten, schreibt die **Berliner Morgenpost**. Der Investor *zieht sich aus dem Projekt zurück und beklagt unüberwindliche Schwierigkeiten. Er spricht von einem „Todesstoß“ für seine Pläne, weil ihm die vom Bezirk geforderte Schaffung von vergünstigten Wohnungen in der aktuellen Bau-Krise unbezahlbar scheint.*

Ob es in der **Sechsten Etage des KaDeWe**, mit 34.000 Produkten auf 7.000 qm die größte Lebensmittelabteilung Europas, künftig mehr thailändisches Essen geben wird, muss abgewartet werden. Der neue thailändische Eigentümer zahlt offenbar 1,2 Milliarden Euro dafür. KaDeWe-Gründer **Adolf Jandorf** investierte 1906 1.921.000 Mark in das Haus.

Mit einer ganz tollen Idee überraschte uns die **BVG** in dieser Woche. Es soll keine Fahrpläne mehr geben, sondern nur noch „Taktungen“. Als hätte es jemals Fahrpläne gegeben, nach denen man sich hätte richten können. Selbst der Blick auf den QR-Code hilft oft nicht weiter. Nicht selten wartet man ewig auf den Bus. Die Menschenmenge an der Haltestelle wird immer größer. Und dann kommen gleich zwei Busse hintereinander, weil sie irgendwo im Stau standen. Dass nun die beiden verspäteten Busse gemeinsam die Haltestelle ansteuern, ist sinnvoll, damit die vielen Fahrgäste an dieser und den folgenden Haltestellen mitgenommen werden können. Das will die BVG abschaffen. Wenn also demnächst ein Bus verspätet eintrifft, kommt der nächste erst nach der vorgesehenen Taktung, also häufig zehn Minuten. Diese Regelung soll zur Entlastung der Mitarbeitenden führen, wofür wir alle sind. Es wäre aber auch schön, wenn es Entlastungen für die Fahrgäste gäbe. Die neue Regelung führt nicht dazu.

Der Aufreger der Woche war das so genannte Duell zwischen zwei Männern, die beide gern Ministerpräsident von Thüringen werden wollen. Das Einzige, was diese Kandidatenvorstellung gebracht hat, ist, dass eine breite Öffentlichkeit **Mario Voigt**, den CDU-Chef von Thüringen kennengelernt hat. Seinen Kontrahenten, den AfD-Führer von Thüringen **Björn Höcke** kennt man als **Bernd Höcke** ja hinreichend aus der **heute-show**.



Auch, dass es einen Nachrichtensender mit dem schönen Namen **WELT** gibt, haben wir gelernt. Glückwunsch an die öffentlich-rechtlichen Sender, diese Veranstaltung nicht übertragen zu haben.

Die **Berliner Morgenpost** meint: „Dieser Schlagabtausch war ein Fehler.“ Profitiert habe Höcke, meint das Blatt: „Und das hat Auswirkungen, nicht nur für Thüringen. Höcke, der Rechtsaußen in der Rechtsaußen-Partei AfD, ein völkischer Nationalist, der gerichtsfest als Faschist bezeichnet werden darf, bekam beste Sendezeit für seine Parolen. Der TV-Schlagabtausch zwischen ihm und Voigt lief medial fast im Aufmerksamkeits-Ranking eines Kanzlerduells. Die Debatte kochte über, gerade weil die Risiken so hoch sind, einem Rechtsextremen mit dem Auftritt diese Bühne zu bieten.“

Der **Tagesspiegel** fragt: „Worum ging es in diesem Duell eigentlich? Eine Bundestagswahl? Das EU-Parlament? Gerade in der ersten Hälfte ist kaum nachzuvollziehen, warum hier zwei thüringische Kandidaten vor der Kamera stehen. Beide Kandidaten scheinen vergessen zu haben, für welches Land sie eigentlich gerade Wahlkampf betreiben. Thüringische Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung – all das kommt wenig bis gar nicht vor an diesem Abend.“ Da haben sich zwei Landes-Politiker über alles Mögliche, vor allem über die EU und natürlich über die Zuwanderung unterhalten, für einen der 1,8 Millionen Thüringer Wähler auch interessant, aber für seine Entscheidung bei der Kommunalwahl am 26. Mai und der Landtagswahl am 1. September nicht sehr hilfreich.

Höcke will die EU abschaffen. Damit trifft er seine Anhänger voll ins Herz, weil die EU häufig als Verwaltungsmonster wahrgenommen wird, das mehr kostet als es den Bürgern bringt, was natürlich nicht stimmt. Zeit zum Faktenchecken haben die AfD-Wähler nicht. „Massiv“ will Höcke die Entwicklungshilfe „zusammenstreichen“, was auch ein sehr beliebtes Argument ist, vor allem, wenn man sieht, was alles finanziert wird. Man könnte ja auch mal darüber nachdenken, die zwei Milliarden Euro, die Thüringen aus dem Länderfinanzausgleich bekommt, zu hinterfragen. Um nicht den Anschluss bei populistischen Phrasen zu verlieren, konterte Voigt mit: „Jeder, der arbeiten kann, muss arbeiten.“ Und: „Leistung muss sich lohnen.“ Quelle: Tagesspiegel

Für die **Berliner Zeitung** war das TV-Duell Höcke gegen Voigt: „Ein Quantensprung für Deutschlands Debattenkultur.“ „Es gab einmal ein Tabu, das da hieß: Mit AfD-Politiker **Björn Höcke** dürfe man unter keinen Umständen reden. Schon gar nicht als Spit-

zenpolitiker einer demokratischen Partei.“ Voigt hat dieses Tabu gebrochen und wollte Höcke inhaltlich stellen. „Ob ihm das gelungen ist, darüber lässt sich streiten. Darüber, dass er mit diesem Experiment Deutschlands Debattenkultur vorangebracht hat, eher nicht.“, meint die **Berliner Zeitung**.

Das sieht der Autor dieses Beitrages gänzlich anders. Es gehört dazu, dass die Spitzenkandidaten aller Parteien vor der Wahl in einer TV-Runde zu Wort kommen können. Duelle oder Trielle halte ich für undemokratisch. Als es dann im Höcke-Voigt-Duell um die Frage „Brötchen mit Mett oder Gehacktem“ ging, war der Höhepunkt erreicht und ich bereitete mir ein Hackepeterbrötchen zu.

Am 26. Mai werden wir erfahren, wer in den Kreistagen und bei den Stadt- und Gemeinderäten gewonnen hat. Das ist der erste Test, gefolgt vom 9. Juni, wenn sich die Thüringer zu Europa äußern dürfen. Und am 1. September, dem Antikriegs- und Weltfriedenstag, entscheiden die Thüringer darüber, wer in ihrem Land das Sagen hat. Das dürfte spannend werden. Die CDU, derzeit bei 20 Prozent, würde nicht einmal mit den Kleinstparteien SPD (9%) und Grüne (5%) eine mehrheitsfähige Koalition bilden können. Die FDP steht nicht mehr zur Verfügung, sie hat sich pulverisiert. Was also tun? Die LINKE (16%) mit ins Boot holen, um AfD (29%) und BSW (16%) zu verhindern? Das Land steht vor der Unregierbarkeit.

Olaf Scholz ist in China. Alle möglichen Leute haben ihm Themen mit auf den Weg gegeben. Eigentlich will er nur drei Tage bleiben. Um aber alles ansprechen zu können, bräuchte er länger. Entscheidend wird sein, welche Rolle China in den Konflikten dieser Welt zu spielen beabsichtigt. **Der Iran hat Israel angegriffen.** Die Lage im **Gaza-Streifen** wird für die dort lebenden Menschen immer auswegloser. Dass Israel alles Recht der Welt hat, militärisch gegen die Terrororganisation Hamas vorzugehen, die 1.239 Israelis bestialisch ermordete und immer noch über 100 Geiseln gefangen hält, ist unbestritten. Den Gaza-Streifen jedoch unbewohnbar zu bomben, geht über das hinaus, was als Verteidigungsmaßnahme gerechtfertigt ist. Nicht jeder Palästinenser ist ein Terrorist. **Verbalterroristen** hat man in Berlin den Strom abgeschaltet, als sie auf einer „Palästina-Konferenz“ ihren ungezügelten Hass gegen Israel verbreiten wollten. Das war eine konsequente Entscheidung. Berlin ist nicht die Plattform für Leute, die ihren Antisemitismus ausleben wollen.

Ed Koch